

# vbb magazin

4

April 2018 • 57. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte  
Zeitschrift des Verbandes  
der Beamten der Bundeswehr



## Personalkarussell

Seite 5 <

Fakten und alternative Fakten zur Ausrüstungssituation

Seite 9/10 <

HJAV-/BJAV-Wahl





© Jan Brenner / dbb

## Die Würfel sind gefallen ...

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am Ende ging alles Schlag auf Schlag. Koalitionsvertrag der neuen, alten großen Koalition, Wahl von Angela *Merkel* zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, ihre Vereidigung, Ernennung und Vereidigung der Bundesminister(innen). Im Verteidigungsressort bleibt mit der erneuten Ernennung von Frau Dr. Ursula *von der Leyen* als Bundesministerin der Verteidigung an der Spitze des Verteidigungsressorts alles beim Alten. Die beiden Parlamentarischen Staatssekretäre, Markus *Grübel* und Dr. Ralf *Brauksiepe*, wurden durch Dr. Peter *Tauber* und Thomas *Silberhorn* ersetzt.

So weit, so gut, der Chronist nimmt's zur Kenntnis. Und natürlich wünschen wir den neuen parlamentarischen Vertretern des Verteidigungsressorts im Parlament alles erdenklich Gute für ihre neue, fordernde Aufgabe. Der Probleme sind ge-

nügend zu lösen, keine Atempause erlaubt.

Und um im Bild zu bleiben, muss man bei den weiteren personellen Veränderungen allerdings erst einmal tief durchatmen.

Was zuvor bereits durch die Gazetten und durch die Flure des Bendlerblocks geisterte, wurde schnell zur Gewissheit und fand in der freiwilligen Demission der für Rüstungsfragen zuständigen Staatssekretärin Dr. Katrin *Suder* seine Bestätigung. Der wohl nur temporäre Rückzug ins Privatleben ist zu akzeptieren, wengleich böse Zungen an Rhein, Mosel und Spree behaupten, der Abschied läge durchaus in der Kontinuität der „Unternehmensberaterszene“: Beratern, Restrukturierungspläne erarbeiten, Geld einstecken, sich „von Bord machen“ und die Verantwortung zur Umsetzung der Stammbesetzung überlassen – einschließlich eines eventuellen Misserfolgs. Für die Umsetzung der Planspiele zur möglichen Neuorganisation des BAAINBw steht die von Frau Dr. von der Leyen zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode Angeworbene nicht mehr zur Verfügung. An ihrer Stelle wird ihr Vertrauter, Benedikt *Zimmer*, Leiter der Ausrüstungsabteilung, nach einem Statuswechsel als beamteter Staatssekretär die Geschicke der Rüstung leiten. Ihm folgt in der Abteilungsleitung als neuer „Rüster“ der Kommandeur der Führungsakademie, Carsten *Stawitzki*. Mit dieser Leitungsentscheidung schreitet die Militarisierung des Verteidigungsressorts in den Spitzenpositionen weiter voran und die Luft nach oben wird dünn. Mit der im vergangenen Jahr für die Beschaffungsbehörde in Koblenz angedachten Rochade, nach der der militärische zweite Mann, Klaus *Veith*, den etatmäßigen Präsidenten Harald *Stein* ersetzen sollte, wäre jetzt für die Rüstung ein „Durchregieren“ der Militärs möglich

### Impressum

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 29,00 € zzgl. 5,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,20 € zzgl. 1,20 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 59 (dbb magazin) und Preisliste 43 (vbb magazin), gültig ab 1.10.2017. **Druckauflage:** dbb magazin: 602 529 (IVW 4/2017). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter. **ISSN 0521-7814**

>	Neuer Obmann der SPD im Verteidigungsausschuss	4
>	Fakten und alternative Fakten zur Ausrüstungssituation	5
>	Wechsel in der Leitung des Verpflegungsamtes der Bundeswehr (VpflABw), Oldenburg	8
>	Gelungenes Arbeitsfrühstück in Munster	8
>	Wahl der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung beim Bundesministerium der Verteidigung	9
>	Auswahlverfahren nach § 27 BLV – Zentrale Dienstvorschrift A-1410/6	12
>	Personalversammlung der Bundeswehrfeuerwehr Faßberg	13
>	Versand der VBB-Ruhestandsordner hat begonnen	13
>	VBB-Seminare	14
>	Leserbriefe	14
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	16
>	Personalnachrichten	27

>	Einkommensrunde 2018: Runter vom Sofa!	28
>	Einkommensrunde 2018: Gehaltsplus ist ein Muss	31
>	hintergrund Demografie und Arbeitsmarkt: Der öffentliche Dienst muss aufholen	32
>	Zukunft des öffentlichen Dienstes: Digitalisierung hat Grenzen	39
>	europa EU-Arbeitszeitrichtlinie: Lückenhafte Umsetzung	40
>	senioren Stationäre Pflege: Kostensteigerungen verhindern	42
>	Hauptversammlung der dbb senioren: Mit Kompetenz und Krallen	44
>	interview Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (BA)	46

gewesen. Ernst *Wirmer* und Rainer *Barzel* drehen sich aber sicherlich auch so schon in ihren Gräbern herum, was angesichts der Entwicklung der vom ehemaligen Verteidigungsminister Peter *Struck* so bezeichneten „Zwei-Säulen-Theorie“ aus der Trennung von Streitkräften und Bundeswehrverwaltung zu werden droht.

Ein vorzeitiges Ende nimmt auch die „Regentschaft“ der Abteilungsleiterin für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen, Alice *Greyer-*

*Wieninger*, die wohl Ende Mai dieses Jahres ihren Hut nehmen muss und in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden wird. Für den VBB ist eine ressortinterne, zivile Nachbesetzung – auch im Rahmen einer Kettenbildung – unabdingbar. Gerade die immer noch nicht gelösten Probleme im Bereich des Travel Managements lassen zudem längere Vakanzen nicht zu. Hinzu kommt die noch immer nicht geklärte Optionsregelung bei Trennungsgeld und Umzugskosten, bei der sich das Bundesministeri-

um der Finanzen noch immer einer einheitlichen Regelung für Soldaten und zivile Kolleginnen und Kollegen verschließt.

Also, neue Legislaturperiode mit thematischen „Überkipfern“ aus den vergangenen vier Jahren. Dazu gehört als weiterer Schwerpunkt der Verbandsarbeit das leidige und noch ungelöste Problem mit der Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an die der Tarifbeschäftigten. Hier

erwarten wir im Nachklang der Tarifverhandlungen und den Gesprächen der „dbb-Spitze“ zur Übernahme des Abschlusses für den Beamtenbereich endlich ein positives Signal aus dem Bundesinnenministerium.

Herzlichst  
Ihr



Wolfram Kamm

## Neuer Obmann der SPD im Verteidigungsausschuss

4

Die Mitglieder der neuen Bundesregierung vereidigt – der Parlamentsalltag hat begonnen. Zeit, verstärkt in die Gespräche mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages einzusteigen. Bei den Verteidigungspolitikern der SPD-Bundestagsfraktion hat ein „Neuer“ die Leitung übernommen. Diese Personalie bot Gelegenheit zu einem ersten Gespräch mit Dr. Fritz *Felgentreu*. Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram *Kamm*, stellte den VBB als die älteste und maßgebliche Interessenvertretung für die Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr vor, mit Verweis auf die historischen Wurzeln, die verbandliche Zielsetzung, die Vertretung in den Personalvertretungen und die Erfolge der letzten Jahre. Im Zusammenhang mit dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) verwies der Bundesvorsitzende auf die bereits erfolgten organisatorischen Veränderungen der letzten Legislaturperiode. Auch deshalb sei nach Ansicht des VBB eine Zeit der Konsolidierung unter



© Deutscher Bundestag / Thomas Koehler / photothek

den derzeitigen organisatorischen Gegebenheiten erforderlich. Bei den Beschäftigten der Beschaffungsbehörde in Koblenz gäbe es große Unruhe und

Verunsicherung ob der durchgesickerten, unterschiedlichen Vorstellungen für eine Umstrukturierung. Vielfach würde undifferenziert Kritik bei der

Beschaffung allein bei den Beschäftigten des BAAINBw festgemacht. Hier erwartet die „Belegschaft“, dass sich die politische Leitung des Ministeriums öffentlich vor seine Mitarbeiter stellt. Im „Innenverhältnis“ muss umgehend Aufklärung über die wohl bereits vorliegenden organisatorischen Überlegungen zur Umorganisation des BAAINBw erfolgen. Deshalb unterstützt der VBB den örtlichen Personalrat beim BAAINBw, der die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula *von der Leyen*, angeschrieben und um Aufklärung im Rahmen einer außerordentlichen Personalversammlung gebeten hat.

Dr. Felgentreu informierte im weiteren Verlauf des Gespräches über eine Initiative bei einer Personalgewinnungsmaßnahme, die nicht volljährigen Bewerbern für eine Verwendung als Soldat in der Bundeswehr die Möglichkeit verschaffen soll, über einen Einstieg bei der Bundeswehrverwaltung den Weg zur Bundeswehr zu finden.

Weitere Gespräche wurden vereinbart. ■

# Fakten und alternative Fakten zur Ausrüstungssituation

Was für ein zeitlicher Zufall: Während sich die Regierungsbildung zunehmend konkretisierte, fand sich die Bundeswehr in negativen Schlagzeilen, zuvorderst die mutmaßlich auch zukünftige Frau an der Spitze, Bundesministerin Dr. von der Leyen. Wichtiger Dreh- und Angelpunkt war leider auch der beklagenswerte Allgemeinzustand des chronischen Patienten Bundeswehr, dessen vielfältige Leiden wohl auch durch schlechtes Rüstungsmanagement verursacht werden sollen. Manche haben in diesem Zusammenhang vor-schnell das „Bundeswehr-Beschaffungsamt“ als Erreger diagnostiziert und hätten als Therapie gerne eine neue Organisationsform verordnet. Ein folgenschwerer Kunstfehler durch schlampige Diagnose, wie einige meinen. Wie begründet sich dieses harsche Urteil?

Ja, es ist zutreffend, die Bundeswehr hat gravierende Probleme mit Hubschraubern und der A400M hat in etwa das gleiche Image wie unser Hauptstadtflughafen BER: Zu wenig, zu spät, zu teuer! Eine Schande für weltweit anerkannte deutsche Gründlichkeit und Pünktlichkeit!

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass diese multinationalen, sehr komplexen Großvorhaben durch eine internationale Agentur verantwortlich betreut werden, namentlich die OCCAR in Bonn. Alle diese Vorhaben sollen die europäische Technologie voranbringen sowie hochwertige Arbeitsplätze in der europäischen Industrie schaffen und sichern. Daneben lassen sich noch gute Gründe finden, dass es für diese hochwertigen Rüstungsgüter einen militärischen Bedarf in Deutschland gibt.

Dieser militärfachlich wohlbe-gründete Bedarf wurde durch deutsche Verteidigungsminister derart gekürzt, dass sich heute nur Unkundige wundern, wenn Stückpreise regelrecht explodiert sind und sehr spezielle Ersatzteile, die in fast homöopathischen Dosen unregelmäßig bestellt werden, schlicht fehlen. Diese vermeintliche Känguru-Politik, große Sprünge machen wollen mit leerem (Geld-)Beutel, wird nicht in Koblenz erdacht.

Dort hat man sie nur umzusetzen. Besonders schlimm ist der Eindruck, dass die mit Steuergeldern aufgepöppelte Industrie ihre Versprechungen nicht mehr einlösen kann, oder will. Was soll man machen, wenn der einzige Hersteller nicht „performs“ und die politische Einflussnahme nicht völlig unschuldig war, siehe A400M-Triebwerk. Eine verfahrenere Situation, die intelligente Lösungen auf europäischer Ebene erfordert.

Eine sehr schwierige Situation für die OCCAR als projektverantwortliche Agentur! Reflexartige Schuldzuweisungen aus dem politischen Raum nach Koblenz offenbaren deshalb nur die eigene Hilflosigkeit und den Mangel an Verantwortungsbewusstsein.

Die Flucht in internationale Agenturen ist wohl kaum die Lösung für Rüstungsprojekte



unter den gegebenen Rahmenbedingungen. Internationale Projektbüros mit klarer „Leadnation“ haben schon häufig sehr erfolgreich in Koblenz agiert und waren vorteilhaft integriert. Das Rad muss nicht neu erfunden werden!

## ■ Gut gedacht, schlecht gemacht, schneller Verdacht

Ja, die sehnlichst erwartete Fregatte 125 ist als Technologieträger gepriesen, leider hat das Prestigeobjekt aber nicht nur im übertragenen Sinne Schlagseite. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages prangert vollkommen zu Recht an, dass der deutschen Marine diese wichtigen Schiffe fehlen. Allerdings hat ebenfalls das als Auftraggeber zuständige BAAINBw recht, wenn man diese mangelhaften Produkte nicht einfach vom Baukonsortium übernimmt und an die Marine weiterreicht. Kritik am Auftraggeber ist an dieser Stelle fehl am Platz, man muss in der Vergangenheit ansetzen.

Der Vorgang offenbart nämlich einen Systemfehler im Beschaffungswesen: Der militärische Bedarfsträger erzwingt augenscheinlich überzogene funktionale Forderungen, weil seine langjährigen Erfahrungen zeigen, dass davon nur ein Bruchteil tatsächlich geliefert, zudem das Material übermäßig

lange genutzt wird. Die potenziellen Auftragnehmer im Rüstungssektor haben ebenfalls großes Interesse an Hochtechnologie und aufwendigen Entwicklungen, die sich anderweitig gut vermarkten lassen. In diesem hochpolitischen Interesse-Sandwich steckt der Bedarfsdecker, also das BAAINBw. Das Amt soll im Rahmen der Bundeshaushaltsordnung optimiert nach Zeit, Leistung und Kosten, das Unmögliche vollbringen, selbstverständlich seitens der Politik mit 25 Mio. Euro Vorlagen überwacht. Wenn das BAAINBw die Verträge jetzt durchsetzt, wird trotzdem gemeckert. Aber wer hat das Problem geschaffen? Liegt das am bisher praktizierten Verfahren oder an der ach so schlechten Organisationsform, die gerade erst gründlich erneuert wurde?

Ja, die U-Boote fahren und tauchen nicht, weil Ersatzteile fehlen. Auch das dringt überaus zufällig in Zeiten des politischen Umbruchs zutage. Die massiven Einsparungen in einer als viel zu teuren gebrandmarkten Logistik zeigen ihre Wirkung. Die Annahme, dass das „just-in-time“-Prinzip auch im sehr speziellen Bereich der in geringsten Stückzahlen vorhandenen Kriegsschiffe funktioniert, bleibt bei den realen Rahmenbedingungen ein Wunschdenken. Die Ersatzteilreichweiten sind offenbar katastrophal. Möglicherweise war man teuer, aber schlecht beraten, denn zivile Logistik und militärische Logistik lassen sich nicht zur Deckung bringen. Da jahrelang an Ersatzteilen gespart wurde, hat die gewerbliche Wirtschaft ihre Kapazitäten angepasst.

Nun kommt der Auftraggeber Bundeswehr mit seinen aufwändigen Vergabeverfahren und Haushaltsvorgaben um die Ecke und will mal schnell bevorzugt bedient werden. An alledem kann nur das „Zeughaus am Deutschen Eck“ schuld sein, wer denn sonst!

Dann sind da noch die Kampfpanzer Leopard 2, einst der Stolz des deutschen Heeres, von denen es offensichtlich zu wenige gibt, um internationale Abkommen einzuhalten. Und die wenigen Leoparden, die wir noch haben, sind nicht vollständig einsatzfähig, weil Ersatzteile fehlen. Insidern außerhalb des Bendlerblocks ist dieser Umstand lange bekannt, aber wer hat was, wann gemeldet, um die Mängel abzustellen? Zu spät wurde bemerkt, dass zu wenig Panzer vorhanden sind. Es war über Jahre zu wenig Geld verfügbar und nun hat die Handvoll geeigneter Lieferanten die überflüssigen Fertigungskapazitäten für Ersatzteile abgebaut. Wie naiv erscheint da der im aktuellen Diskurs vorgetragene Glaube, man müsse nur Haushaltsmittel bereitstellen, dann wird schnell alles wieder gut! Leider steht dem der zwingend anzuwendende Vergabeprozess entgegen. Nebenbei müssen dann, nach dem Vertragsschluss, die bestellten Materialien erst gefertigt werden, das dauert seine Zeit und dies ist lange bekannt. Wir werden auch kommende Weihnachten noch kein Leopardenrudel unter dem Christbaum finden. Ein typisch deutsches Problem, denn andere Nationen sind mit dem Kampfpanzer Leopard hochzufrieden.

Andere Großkatzen schwächeln ebenfalls. Der revolutionäre Schützenpanzer Puma, einst als Technologieträger konzipiert, ist ein nationales Vorhaben, ganz bewusst kein preiswerter Kauf von der Stange. Wurden da Rüstungsmilliarden als Strukturpolitik zum Erhalt nationaler Fähigkeiten missbraucht? Diese Frage müssen andere beantworten. Die Rahmenbedingungen für dieses unbestritten wichtige und notwendige Waffensystem wurden zu Beginn der Ära des Verteidigungsministers *Struck* ministeriell festgelegt, wobei fundierte Zeit- und Kostenschätzungen des damaligen BWB durch eine ministeriel-

le Arbeitsgruppe unter intensiver Einbindung der betroffenen Industrie keine Berücksichtigung fanden. Potenzielle Mitbewerber haben sich zu einem Konsortium zusammenschlossen und kamen gerne den Wünschen des Rüstungsexperten Dr. *Stützle* entgegen, der Zeit- und Kostenrahmen nach Gutsherrenart bestimmte.

Das Ergebnis sehen wir heute, wie eine Banane reift der Puma beim Kunden und kommt ins Gerede. Ein Trauerspiel, denn der Puma ist ein technologischer Leckerbissen, sehnelichst von der Truppe erwartet, trotz oder wegen der Rahmenbedingungen professionell gemanagt, aber mit einer schweren Hypothek belastet, weil dem Vernehmen nach die zugehörige Waffensystemlogistik noch nicht steht. Daran kann natürlich nur der EinkaufBw schuld sein! Wer denn sonst? Schließlich dauert es doch länger, als sich die damalige Vorhabenaufsicht im BMVg und ausführende Industrie ausgemalt haben. Auch nähern sich die Kosten mehr und mehr den realistischen Schätzungen aus der Analysephase. Wer muss es ausbaden? Die wartende Truppe, das projektverantwortliche BAAINBw und besonders der Steuerzahler, denn der Puma bleibt in vielfacher Hinsicht alternativlos. Viele hochqualifizierte Arbeitsplätze hängen an diesem Projekt.

#### ► **Wir.Brauchen. Ehrlichkeit.**

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass ausuferndes weltweites Engagement der geschrumpften Bundeswehr zu intensiver Nutzung und teurem Verschleiß führt. Massive Unterfinanzierung und daraus resultierender struktureller Raubbau führten geradezu zwangsläufig zu den bekannten und weniger bekannten Problemen in der Nutzung. Die unstrittig vorhandenen Erblasten, unumkehrbarer Rüstungsprojekte, dürfen aber nicht den Blick für das Hier und Heute ver-

nebeln. Ungeduld mit der Rüstung ist verständlich, aber nicht hilfreich. Ausgliederung in Gesellschaften und Agenturen haben den von Beratern prognostizierten Erfolg nicht gezeigt, ganz im Gegenteil. So werden diese Tage in Printmedien unverhältnismäßig hohe Beraterhonorare beim Verkauf der „Panzerwerkstätten“, gemeint ist die HIL GmbH, angeprangert. Damit wir uns richtig verstehen: Schuld sind nicht die Berater, die nehmen in marktwirtschaftlicher Manier mit, was sie kriegen können, das ist ihr Job. Es sind deren Auftraggeber, die sich fragen lassen müssen, was da eigentlich läuft.

#### ► **Das neue Rüstungsmanagement muss wirken dürfen**

Offensichtlich niemand redet über die tatsächliche Verantwortung des BAAINBw in der Einflusszone von Bundeswehr, Politik, Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft. Nicht alles ist schlecht, vieles läuft richtig gut und sehr viel ist neu. Bestehende Mängel werden konsequent angegangen, aktuell beispielsweise das Nutzungsmanagement. Es gäbe also Positives zu vermelden, aber welche Rolle nehmen hochrangige Führungspersönlichkeiten ein, die Rolle erfahrener Leitwölfe oder die Rolle grauer Mäuse? Transparenz nach dem Zielbild Rüstung tut not.

#### ► **Die Revolution frisst ihre Kinder, die Evolution siegt am Ende immer**

Der VBB ist klar und eindeutig für die stetige Evolution des Rüstungsmanagements, lehnt aber die erneute organisatorische Selbstbeschäftigung und die Sündenbockfunktion in den Medien ab. Wir haben das Zielbild Rüstung positiv begleitet. Wir haben die Maßnahmen zur Neuausrichtung unterstützt. Wir haben den Ideen und Strategien der Rüstungsstaatssekretärin breiten Raum gegeben,

weil wir tatsächlich neue nachhaltige Ansätze im Auftrag unserer Mitglieder erkannt haben. Und wir wollen, dass es vorangeht und dass neue Denksätze greifen, um anstehende Herausforderungen zu meistern.

Das alte Denken, ausgerichtet an organisatorischer Selbstbeschäftigung, weniger an stabilen, leistungsfähigen Strukturen, ist wie ein Wiedergänger, kaum totzukriegen. Aktuell bekommen wir die Folgen der vielen revolutionären Umgliederungen in der gesamten Bundeswehr negativ zu spüren. Die Entscheider sollten daraus die richtigen Schlüsse ziehen, wenn demnächst große Aufgaben zu stemmen sind. Was will die Rüstung machen, wenn demnächst die vielen gebilligten 25-Mio.-Euro-Vorlagen als Projekte realisiert werden. Dann ist jede Menge Sachverstand notwendig, um zu prüfen und zu testen, ob die Verträge erfüllt werden. Da kommt so eine erneute organisatorische Umwandlung doch genau richtig, oder?

#### ► **Das Maß ist voll, viel zu voll**

Powerpoint-Folien mit schönen Überschriften helfen da nicht weiter, unbesetzte Dienstposten auch nicht. Brauchen wir wirklich so viel teure Beratung für Wissen, das wir haben, aber nicht umsetzen? Hat man in die eigenen Beschäftigten so wenig Vertrauen, hört man frägend aus Koblenz.

Das Schweigen der Führungsriege ist besonders kritisch, da es leicht als Misstrauen gegenüber den Beschäftigten verstanden wird. Liebe Mitglieder, fordern sie deshalb ein, was ihnen versprochen wurde, Transparenz und Glaubwürdigkeit. Helfen sie dem VBB und damit allen Beschäftigten, falschen Schuldzuweisungen zu begegnen und eine leistungsfähige, sichere Organisation zu erhalten oder, wo nötig, zu schaffen. Es ist geht um ihren Job, das sollten sie sich wirklich wert sein. ■